

Aktenzeichen
Sachgebietsleiterin 51

Kitzingen, 29.10.2019

Federführung: Sachgebiet 51

Vorlage-Nr.: SG 51/283/2019

Bearbeiter: Tanja Meeder

Tel.Nr.: 09321 928 5100

Beratungsfolge:	Status:öffentlich/nicht öffentlich	Termin:
Jugendhilfeausschuss	öffentlich / Beschluss	14.11.2019
Ausschuss für Familie, Senioren und Integration	öffentlich / Information	14.11.2019
Kreisausschuss	öffentlich / Beschluss	03.12.2019
Kreistag	öffentlich / Beschluss	09.12.2019

**Kinder- und Jugendschutz im Landkreis Kitzingen;
Einführung des Drogenpräventionsprojektes "FLASHBACK"
Haushaltsstelle 0.4525.7600**

Anlagen:

Anlage 1, Konzept FLASHBACK

Anlage 2, Artikel der Main Post vom 07.05.2019

I. Vortrag:

Das Polizeipräsidium Unterfranken registriert seit Jahren einen starken Anstieg der Rauschgiftkriminalität, insbesondere im Bereich der konsumnahen Delikte mit Cannabis. Diese hohen Fallzahlen sind nicht allein auf gestiegene Kontrollzahlen und eine bessere Fortbildung der Polizeibeamten im Erkennen von Drogendelikten zurückzuführen, sondern es ist festzustellen, dass generell mehr Rauschgift auf dem Markt ist und besonderes der Cannabiskonsum bei Jugendlichen stark ansteigt.

Bereits jetzt hat dies konkrete gesellschaftliche Auswirkungen, die die Polizei vor allem im Straßenverkehr registriert. Seit 2013 hat sich in Unterfranken die Zahl der unter Drogeneinfluss verursachten Verkehrsunfälle verdoppelt. Eine ähnlich besorgniserregende Entwicklung zeigt sich bei den festgestellten folgenlosen Drogenfahrten (von 845 im Jahr 2013 auf 1.502 im Jahr 2017). Damit liegt die Zahl derer, die sich im Jahr 2017 unter Drogeneinfluss ans Steuer gesetzt haben, bereits fast gleichauf mit den festgestellten Alkoholfahrten (2017: 1.623 Fahrer unter Alkoholeinfluss). Die Polizei geht jedoch davon aus, dass es in diesem Bereich eine sehr hohe Dunkelziffer gibt.

Insbesondere auch vor dem Hintergrund der aktuellen Liberalisierungsdiskussion und der gelockerten gesetzlichen Regelungen zur Verordnung von medizinischem Cannabis, müssen die zu erwartenden massiven Auswirkungen politisch und gesellschaftlich diskutiert werden.

Der Landkreis Kitzingen und das Polizeipräsidium Unterfranken haben sich aufgrund der gewonnenen Erkenntnis entschlossen, künftig einen noch stärkeren Schwerpunkt auf Drogenprävention zu setzen und gemeinsam das Projekt „FLASHBACK“ einzuführen.

Das Projekt setzt den Schwerpunkt auf die Aufklärung über „Cannabis und (II) Legal Highs“. Es werden jedoch auch allgemeine Inhalte zum Thema „Sucht“ sowie „Lebenskompetenzen“ thematisiert. Zielgruppe sollen Schülerinnen und Schüler der 8. bzw. 9. Klassen sein. Der Zeitansatz umfasst jeweils einen Schulvormittag. Für die teilnehmenden Schulen ist das Projekt kostenfrei. Das Konzept des Drogenpräventionsprojektes „FLASHBACK“ ist als **Anlage 1** beigefügt.

Der Startschuss für „FLASHBACK“ fiel mit der Auftaktveranstaltung im Landratsamt Kitzingen am 11.04.2019. Zu dieser Veranstaltung waren die Schulleitungen sowie die Suchtpräventionsbeauftragten der weiterführenden Schulen im Landkreis Kitzingen eingeladen (**Anlage 2**).

Nach einer Pilotphase im Jahr 2019 soll „FLASHBACK“ ab 2020 als festes Präventionsangebot im Landkreis verankert werden. In den Jahren 2020 bis 2024 sind jährlich 5 Termine an weiterführenden Schulen geplant.

Das Projekt ist als Parcours mit 4 Stationen angelegt. An der ersten Station klären 2 Polizeibeamte der Polizeiinspektion Kitzingen über die Folgen von Drogenkonsum auf.

Die Stationen 2 bis 4 werden von pädagogischen Fachkräften des Amtes für Jugend und Familie oder des Gesundheitsamtes sowie jeweils 2 gut geschulten pädagogischen Honorarkräften betreut. Die Kosten für einen Projektvormittag belaufen sich auf 400 Euro (2 Honorarkräfte, Fahrtkosten, Sachkosten). Für 5 Termine sind insgesamt 2.000 Euro zu veranschlagen.

Weiterer Sachvortrag erfolgt durch die Fachkraft für den erzieherischen Kinder- und Jugendschutz, Frau Anna-Lena Spirk.

II. Beschlussvorschlag:

Für die Durchführung des Drogenpräventionsprojektes „FLASHBACK“ sind in den Haushaltsjahren 2020 bis 2024 bei der Haushaltsstelle 0.4525.7600 jährlich 2.000 Euro bereitzustellen.

Tamara Bischof
Landrätin